

Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

Wir sind

- Ärzt*innen
- Zahnärzt*innen
- Psychotherapeut*innen
- Medizinstudierende

Frau Warken, wir haben eine Idee vdää* zu den Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung

26.06.2026 – Gesundheitsministerin Warken beklagt lt. *Deutschem Ärzteblatt*, dass in der Debatte um die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen diejenigen, die einzelne Sparmaßnahmen ablehnten, sich „äußerst schwer“ damit taten, „belastbare Gegenvorschläge“ zu machen.

Selbstverständlich sind Alternativen, wie die solidarische Bürger*innenversicherung vorhanden und lange bekannt, das weiß auch die Gesundheitsministerin.

Warkens Aussage reiht sich aber ein in die bisherige Taktik aus Überrumpelung und Verschleierung. Schon seit Beginn der Debatte wird es so dargestellt, als würden die Kürzungspläne alle Menschen und Akteure treffen, sodass erwartbar viel Gegenwind aufgrund von Einzelinteressen aufkommt. Und trotzdem seien die Reformen unumgänglich und müssten gegen Widerstand durchgesetzt werden - zum Wohle aller.

Die massiven Kürzungen und Mehrbelastungen betreffen aber vor allem die arbeitenden, kranken und armen Menschen, während die Profiteure der Gesundheitskonzerne unangetastet bleiben und die Regierung durch die Einsparungen im Sozialstaat versucht, die Schulden für Aufrüstung begleichen zu können.

Genug Geld für eine würdevolle Gesundheitsversorgung und erträgliche Arbeitsbedingungen ist in dieser Gesellschaft vorhanden. Die Regierung steht nur auf der falschen Seite und schont die am meisten vermögenden Menschen und die Gesundheitskonzerne.

Deshalb schlägt der vdää* vor: Frau Warken, nehmen Sie die 16,3 Mrd. Euro, die Sie mit dem *GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz* einsparen wollen, aus dem Sondervermögen und überweisen Sie es in den Gesundheitsfonds. Sorgen Sie dafür, dass der Bund die Kosten für die Bürgergeldempfänger*innen voll (also ca. 12 Mrd. Euro) übernimmt und heben Sie die Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze mindestens auf 100.000 Euro im Jahr an, damit liegen sie immer noch unterhalb der Grenzen der Rentenversicherung. So könnten die Beitragssätze sogar sinken.

Ohne dass es die Menschen mit niedrigem Einkommen belastet, könnten Sie so das Finanzproblem der GKV fürs erste sozial und ohne Kettensäge lösen.

Wollen Sie eine langfristige soziale und stabile Lösung, dann führen Sie eine solidarische Bürger*innenversicherung ein - mit der Verbeitragung aller Einkommensarten, der Aufhebung von Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze und der Abschaffung der Privaten Krankenkassen.

Dr. Nadja Rakowitz, Pressesprecherin des vdää*